

# Landtagswahlen 1986

## GEMEINSAM GEGEN RECHTS!

### ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN, UMWELT SCHÜTZEN, FRIEDEN SICHERN.

## GEWERKSCHAFTER GEGEN ALBRECHT!

Niedersachsen ist unter der Regierung Albrecht auf dem besten Weg, das Armenhaus der Bundesrepublik zu werden.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in den zehn Jahren der Albrecht-Regierung auf über 398 000 (Februar 1985) angestiegen; darunter befinden sich mehr als 94 000 junge Menschen unter 25 Jahren (Februar 1985). Damit hat die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen stärker zugenommen als in anderen Bundesländern. Die Arbeitslosenquote hat längst die 11%-Marke überschritten. In einigen Regionen liegt sie höher als 20%. Niedersachsen hat nicht nur in den Problembranchen wie Stahl und Werften Arbeitsplätze verloren. Gerade in den hochtechnologisierten Industrien, dort, wo Albrecht/Breuel in einer überschäumenden „High-tech“-Begeisterung die Zukunft vermuten, weist das Land durchweg schlechtere Werte als der Bundesdurchschnitt aus: Wurden in der elektrotechnischen Industrie im Bund 7,7% aller Arbeitsplätze vernichtet, waren es in Niedersachsen mit 16,9% mehr als doppelt so viele; meldete der Maschinenbau ein Arbeitsplatzminus von durchschnittlich 3,6%, verbuchte Niedersachsen 5,1% weniger Arbeitsplätze.

Die feinmechanische und optische Industrie rationalisierte im Bund 5,9% aller Arbeitsplätze weg, in Niedersachsen wurden 16,5% gestrichen. Bei den EDV- und Büromaschinenherstellern wurden im Bund 11,3% mehr Arbeitsplätze geschaffen, in Niedersachsen dagegen 39,5% abgebaut.

Auch im Gesamtexport steht Niedersachsen schlecht da. Hatte es 1976 noch einen Anteil von 10% am bundesdeutschen Gesamtexport, waren es 1980 nur noch 9,4% und 1984 nur noch 8,5%.

Auch die Anzahl der Konkurse mittelständischer Unternehmen stieg in Niedersachsen stärker als anderswo.

In dieser Situation finden 1986 Landtagswahlen statt.

In der Politik der Landesregierung Albrecht ist die Strategie verwirklicht, die von Lambsdorff, George und Albrecht selbst, in den Jahren 1982 und 1983 veröffentlicht wurde.

Wesentliche Merkmale dieser Politik sind:

- Rückzug des Staates aus seiner politischen und sozialen Verantwortung. Birgit Breuel: Streng genommen gehören nur Justiz und Polizei in staatliche Verantwortung

- Pläne zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen/Dienstleistungen
- Sozialabbau auf allen Ebenen
- Einschränkung des Streikrechts und der Tarifautonomie
- Festlegung der Gewerkschaften auf die „Sozialpflichtigkeit“ bzw. auf das „Gemeinwohl“
- Spaltung und Schwächung der Belegschaften und ihrer gesetzlichen Interessenvertretung
- Abbau der Mitbestimmung
- Verschlechterung des BetrVG und des Nd. PersVG
- Verschärfung der Berufsverbotspraxis und des Abbaus demokratischer Rechte, z. B. Bildungsurlaubsgesetz, Polizeigesetz.

Die Albrecht-Regierung hat ihre Prinzipien konservativer Politik weitgehend durchgesetzt. Das zeigt sich auch im Verhalten der Landesregierung im Bundesrat, in der uneingeschränkten Unterstützung der Politik von Bundeskanzler Kohl.

Als abhängig Beschäftigte, die alle Werte und damit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, ist es unser Interesse, auch durch Wahlen den Weg für eine fortschrittliche Veränderung in der Politik zu öffnen.

**Gewerkschafter müssen nach den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft die Politiker auch zukünftig daran messen, ob sie eine Politik im Interesse der deutschen und ausländischen Beschäftigten, der Schüler und Studenten und Auszubildenden, der Arbeitslosen und Rentner machen.**

**Von dieser Interessenlage ausgehend muß zukünftig eine fortschrittliche Politik**

- der Sicherung und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen
- der weiteren Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, durch Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung
- der politischen Beteiligungsrechte der Bürger (z. B. Bürgerinitiativen etc.)
- der Entspannung und Friedenssicherung, der Abrüstung und Völkerverständigung

wirksam werden.



### Wir fordern

zielgerichtete Beschäftigungsprogramme in Niedersachsen sowohl für Branchen und Regionen, als auch für einseitig geprägte industrielle Ballungszentren und für ländliche Bereiche.

### Statt

durch Untätigkeit der Albrecht-Regierung die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen auf mehr als 335 000 Menschen (August 1985) anwachsen lassen, um daraus auch politisches Kapital zu schlagen.

Finanziert werden könnten solche Beschäftigungsprogramme durch Anhebung des Förderzinses für die Erdölgewinnung in Niedersachsen von bisher 32 % auf dann 40 %.

Schluß mit der Verschwendung von Steuergeldern, z. B. für das Evangeliar (35 Millionen DM), für das Schloß Nienover oder für Repräsentationsempfänge der Commerzbank in Herrenhausen.

### Wir fordern

eine vorausschauende regionale und sektorale Strukturpolitik unter Mitbestimmung der betroffenen Menschen und ihrer Gewerkschaften. Oberstes Ziel einer solchen Strukturpolitik sollten Maßnahmen des Umweltschutzes, der alternativen Energieerzeugung, der Energieeinsparung, der Verbesserung der medizinischen und arbeitsmedizinischen Vorsorge sowie der sozialen, kulturellen und bildungsmäßigen Versorgung aller Teile der Bevölkerung sein.

Hierzu gehören folgende Maßnahmen (u. a.):

- Luft- und Wasserreinhaltung (z. B. Einbau von umweltentlastenden Entschwefelungsanlagen in allen Kohlekraftwerken)
- Beseitigung vorhandener Umweltschäden (Flüsse, Wattenmeer/Nordsee, Waldsterben)
- Einschränkung der militärischen Nutzung breiter Landstriche Niedersachsens (Lüneburger Heide z. B.)
- Einschränkung des Einsatzes von Tieffliegern
- Entwicklung und Anwendung umweltfreundlicher Produktionsverfahren
- Stopp des Baus von Atomkraftwerken
- konsequente Arbeitsschutzmaßnahmen (z. B. gefährliche Arbeitsstoffe) bei gleichzeitiger Schaffung zusätzlicher personeller Kapazitäten bei den Gewerbeaufsichtsamtern
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere des öffentlichen Nahverkehrs

- **Wohnumweltverbesserung.** Der weiteren Zersiedlung der Landschaft Einhalt gebieten, das Leben in den Städten zu finanziell tragbaren Bedingungen angenehmer zu gestalten (weniger Bank-, Versicherungs- und sonstige Verwaltungspaläste, mehr sozial geförderte Wohnungen und Sanierung von altem Wohnungsbestand)

Die Vergabe von Bürgschaften/Aufträgen an Unternehmen darf nur mit Auflagen zur Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen zu sozialstaatlichen Bedingungen erfolgen.

Darüber hinaus sind auch in Niedersachsen Initiativen zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie (IG Metall-Programm) zu ergreifen.

### Statt

- große Unternehmen ohne Auflagen zur Beschäftigungssicherung massiv zu subventionieren (100 Mio. Bürgsch. für die mittlerweile geschlossenen Nordferro-Werke in Emden; 200 Millionen DM Darlehn für das Technologiezentrum des Rüstungskonzerns Rheinmetall in Unterlüß bei Celle; 30 Millionen DM für den Kauf der Fischfabrik „Nordsee“, die zum Unilever-Konzern gehört; 31 Millionen DM für das Verkabelungsunternehmen Kabelcom)

- ökologisch und ökonomisch unverantwortliche Großprojekte zu planen und zu fördern (z. B. 1,3 Mrd. Zusage für den geplanten Dollarhafen)



- Millionen DM in die Atomprojekte Gorleben, Schacht Konrad, Grohnde und Lingen zu investieren und Buschhaus ohne Entschwefelungsanlage ans „Netz“ anzuschließen.

Die abhängig Beschäftigten verlangen mit ihren Gewerkschaften, über das Wie, Was und Wofür der Produktion mitzubestimmen.

Die seit langem von den Gewerkschaften geforderten Wirtschafts- und Sozialräte hätten die Aufgabe, die Wirtschafts- und Strukturpolitik mitzugestalten.

### Wir fordern

gesellschaftlich nützliche und ökologisch verträgliche Produkte und Produktionsverfahren (z. B. zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen; zur Erschließung alternativer Energie- und Rohstoffquellen; die gezielte Förderung von Umweltschutztechniken) in Bereichen, für die keine unmittelbare Risikobereitschaft privater Investoren vorliegt (z. B. Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Wohnungs- und Städtebau bzw. -sanierung, Müll- und Abwasserrecycling).

## Statt

- die Technologie-entwicklung, -forschung und -politik den Großkonzernen und Medienriesen zu überlassen und sehenden Auges zuzulassen, daß die Forschungs- und Entwicklungsabteilung des Salzgitter-Konzerns nach Westberlin abgezogen wird
- in der Forschungsförderung des Bundes an das Land Niedersachsen auf 400 Mio DM zu verzichten (760 Mio DM ständen Niedersachsen zu).

## Wir fordern

### ein Landesberufsbildungsgesetz!

Nach dem Grundsatz „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“, ist eine Umlagefinanzierung einzurichten, damit mehr qualifizierte Ausbildungsplätze in zukunftsorientierten Berufen geschaffen werden.

Sinnvoll wäre es, die gesamten Finanzmittel der diversen Landesausbildungsprogramme zielgerichtet für eine qualifizierte betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung in zukunftsorientierten Berufen zu verwenden.

Technologische Maßnahmen müssen an eine zukunftsorientierte Industrie- und arbeitnehmerorientierte Strukturpolitik gekoppelt werden. Sie muß der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen vor allem in strukturschwachen Gebieten Vorrang einräumen. Dazu sind Forschungs- und Förderprojekte auf den regionalen und sektoralen Bedarf abzustimmen (z. B. Forschungen zur Meerestechnik auf zukunftsorientierte Konzeption zur Sicherung der Wertindustrie).



Bestandteile einer beschäftigungsorientierten Technologiepolitik sind:

- Technologieberatungsstellen für Betriebsräte, Gewerkschaften und betroffene Bürger
- Ausweitung und Mitbestimmung der Betriebsräte und Personalräte
- Verkürzung der Arbeitszeit – 35-Stunden-Woche

## Statt

Ländesmittel für unzählige und mittlerweile unübersichtliche Ausbildungsprogramme auszugeben, die trotzdem keine Berufsperspektive für die jungen Menschen bieten. Durch das Ausbildungsprogramm Niedersachsen (APN) werden 65 % der Auszubildenden in Berufen ohne spätere Erwerbchancen (Friseur, Verkäuferinnen, Floristen etc.) ausgebildet. Auszubildende in diesen Programmen unterliegen nicht den Bestimmungen der Tarifverträge und erhalten

Ausbildungsvergütungen von nur 395,- DM monatlich und anschließend keine Arbeitslosenunterstützung.

Mit 200 Mio DM ist die Nds. Landesregierung dabei, wenn der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall in Unterlüß b. Celle ein „Technologiezentrum Nord“ gründet, in dem neue Waffen entwickelt werden sollen.

## Albrecht-Politik

hat in den letzten Jahren zu einem systematischen Abbau von Arbeitnehmerrechten im Bereich der Bildungspolitik geführt.

## Wir fordern

daß die Weiterbildungseinrichtungen verstärkt gefördert werden.

Insbesondere ist:

- das Bildungsurlaubsgesetz zu novellieren und soll in seiner ursprünglichen Form von 1975 gelten. Jede(r) Arbeiter(in) und Angestellte(r) sowie die Auszubildenden erhalten 10 Tage Bildungsurlaub in 2 Jahren
- die politische Bildung wieder in Höhe von 100 % zu finanzieren. Das Erwachsenenbildungsgesetz von 1970 hat sich bewährt
- die nebenamtlichen Teamer im Bereich der Weiterbildung statt Honorarverträgen einen Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsverträgen erhalten.

## Statt

das Bildungsurlaubsgesetz so zu verschlechtern, daß z. B. die Anspruchsdauer reduziert und der Anspruch der Auszubildenden ebenfalls drastisch beschnitten wurde

das Erwachsenenbildungsgesetz von 1970 mit dem Kern der Finanzierung der politischen Bildung in seiner Substanz anzugreifen



durch die wachsende Zahl arbeitsloser Akademiker, die als Dozenten in der Erwachsenenbildung in Frage kommen können, Bedingungen zuzulassen, die eine Ausbeutung von Dozenten erleichtern.

## Wir fordern

daß in der Schulpolitik

- die Gesamtschule als Regelschule eingeführt wird, um eine umfassende Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder zu erreichen
- alle arbeitslosen Lehrer in den Schuldienst eingestellt werden

- kleine Klassen geschaffen werden: d. h. keine Klasse mehr als 20 Schüler
- die Inhalte der Lehrpläne darauf abzielen, die Schüler zu Kritikfähigkeit und demokratischem Verhalten sowie zur Vertretung ihrer Interessen zu befähigen. Die Schüler sind auf ihre künftige Rolle als Arbeitnehmer vorzubereiten. Die Aufgaben der Gewerkschaften bei der Lösung der Probleme aus der Arbeitswelt sind darzustellen. Verstärkt ist die Zeit des Faschismus aufzuarbeiten. Friedenserziehung und die Notwendigkeit der Völkerverständigung sind verstärkt zu vermitteln. Kultusministerium und Schulaufsicht haben die zur und bei der Vermittlung dieser Inhalte erforderliche pädagogische Freiheit des Lehrers zu respektieren und zu gewährleisten
- die Lernmittelfreiheit sofort eingeführt wird
- auch für Lehrer die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt wird, um durch die Einstellung zusätzlicher Lehrer eine bessere pädagogische Betreuung und Förderung der Schüler zu erreichen.

#### Statt

die Dreigliedrigkeit des Schulsystems, die die Kinder der abhängig Beschäftigten benachteiligt, zu zementieren, z. B. durch die von CDU und FDP geplante Zerschlagung der Orientierungsstufe, die Reglementierung und finanzielle Austrocknung der bestehenden Gesamtschulen, die Diskussion und Realisation von Elitebildungskonzeptionen

weiterhin den bildungspolitischen Skandal zuzulassen, auf die Qualifikation von 10 000 ausgebildeten Lehrern zu verzichten

weiterhin auf eine gezielte Förderung benachteiligter Kinder, insbesondere aus Arbeiterfamilien, zu verzichten

durch reaktionäre Veränderung von Lehrplänen auf die kritiklose Anpassung der Schüler an die herrschenden Verhältnisse abzielen und damit das Engagement von Lehrern in der Vermittlung arbeitnehmerfreundlicher sowie auf Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung gerichteter Inhalte zu erschweren

den Anschein zu erwecken, 50,- DM Lernmittelbeihilfe (auf Antrag und auch nicht für alle Klassen) sei ein erheblicher Zuschuß bei ständig steigenden Anschaffungskosten.



#### Wir fordern

unter Bezugnahme auf den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes und nach den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft:

- Weg mit den Berufsverboten. Sie gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Aufhebung der Suspendierung

der vom Berufsverbot betroffenen Lehrer und ihrer Wiedereinstellung. Rehabilitation und Einstellung aller anderen Berufsverbotsbetroffenen

- daß die antifaschistischen Gedenkstätten besonders gefördert und entsprechend personell (hauptamtlich) ausgestattet werden. Antifaschistische Ausstellungen, antifaschistische Stadt- und Landesrundfahrten sowie Besuche von Schulklassen in antifaschistischen Gedenkstätten sind finanziell zu fördern

- daß die VVN nicht mehr im Verfassungsschutzbericht erwähnt wird. Antifaschistische Organisationen, wie z. B. die VVN, müssen die Gemeinnützigkeit erhalten.

#### Statt

weiterhin in rigoroser Art eine Politik der Berufsverbote zu praktizieren, die u. a. das Ziel hat, Duckmäusertum bei Lehrern und Schülern zu erreichen, oppositionelle Einstellungen und Meinungen zu kriminalisieren und menschliche Existenzen zu vernichten

- antifaschistische Gedenkstätten nur gärtnerisch zu pflegen und es an hauptamtlichen Betreuungsmöglichkeiten von Besuchergruppen und personellen Kapazitäten zur antifaschistisch-demokratischen Geschichtsforschung fehlen zu lassen

- Schülerwettbewerbe mit revanchistischen Inhalten und Zielen sowie

- „Zonengrenzfahrten“, die die Völkerverständigung verletzen und

- Manöver von Schulklassen bei der Bundeswehr zu finanzieren

- Organisationen, die revanchistische und militaristische Inhalte vertreten, zu fördern (z. B. für Museen wie das Landesmuseum Schlesien und das Panzermuseum in Munster) und zu verharmlosen.

#### Wir fordern

die Beibehaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols des NDR und keine Zulassung privater Anbieter.

#### Statt

- die Privatisierung und Kommerzialisierung des Rundfunks und des Fernsehens, zuzulassen
- im großen Tempo die Zwangsverkabelung durchzuführen
- die Beteiligung der Verleger an den neuen Medien zuzulassen, die schon heute über eine monopolartige Presse verfügen.



## Erläuterungen zu den Abkürzungen:

GS = Gewerkschaftssekretär  
GBRV = Gesamtbetriebsratsvorsitzender  
BRV = Betriebsratsvorsitzender  
BR = Betriebsrat  
JV = Jugendvertreter  
GPRV = Gesamtpersonalratsvorsitzender  
PR = Personalrat  
VKL = Vertrauenskörperleitung  
VF = Vertrauensfrau  
VM = Vertrauensmann

OV = Ortsverwaltungsvorsitzender  
STV = Stellvertretender Gewerkschaftsvorsitzender, Bund  
LV = Landesvorstand  
LFG = Landesfachgruppenvorstand  
BVV = Bezirksvorsitzender  
BV = Bezirksvorstand  
BFG = Bezirksfachgruppenvorstand  
KVS = Kreisvorsitzender  
KV = Kreisvorstand  
RA = Rechtsanwalt

## Erstunterzeichner:

Wolfgang Abicht, KV, Hannover  
Manfred Ahlbrecht, BR, Hannover  
Friedel Albes, GPRV, Hildesheim  
Klaus Aleith, GS, Hildesheim  
Hella Badstübner, VKL, Stadthagen  
Botho Banik, BR, Hannover  
Rainer Barcikowski, GS, Salzgitter  
Jürgen Bartling, BR, Hannover  
Gerhard Battmer, LFG, Hannover  
Peter Baumeister, PR, Peine  
Ulla Baxmann, VF, Hannover  
Frank Beckmann, LV, Dorum  
Bernd Bensch, Gohrde  
Jürgen Bittner, VKL, Stadthagen  
Hermann Bleinroth, RA, Hannover  
Erich Blohm, BR, Hannover  
Rolf Bockelmann, GS, Osnabrück  
Manfred Böttcher, GS, Hannover  
Martin Bohle, BV, Hannover  
Peter Brenner, GS, Hannover  
Gerd Bruder, GS, Wolfsburg  
Jost Büttner, PR, Hildesheim  
Klaus Busch, GS, Hannover  
Gertrud Busche, BR, Hannover  
Ernst Buskühl, VM, Hannover  
Marion Chelkowski, JV, Hannover  
Uwe Christensen, GS, Nienburg  
Paul Cuber, BV, Hannover  
Manfred Degen, GS, Osnabrück  
Jürgen Diedrich, GBRV, Lingen  
Peter Donath, GS, Osnabrück  
Joachim Donner, BR, Hannover  
Günter Drieschner, BRV, Stadthagen  
Karin Dronsch, BRV, Hannover  
Hasso Düvel, GS, Hannover  
Karl-Otto Eckartsberg, Garbsen  
Gudrun Ecker, GS, Celle  
Volker Eggert, GS, Hameln  
Jutta Ehlers, BR, Braunschweig  
Lothar Ewald, BRV, Hannover  
Herbert Flamme, VKL, Hannover  
Dr. Heike Fließner, Oldenburg  
Michael Frank, GS, Hildesheim

Winfried Freienstein, GS, Nienburg  
Dietmar Frevel, BFG, Hannover  
Detlef Fricke, RA, Hannover  
Jürgen Fritsche, BR, Hannover  
Rolf Gehring, JV, Hannover  
Andreas Gehrke, GS, Hannover  
Jürgen Gerke, BRV, Braunschweig  
Swidbert Gerken, KVS, Hannover  
Jochen Geschke, GS, Osnabrück  
Christine Giering, BR, Salzgitter  
Walter Gruber, GBRV, Salzgitter  
Klaus Hachenberg, GS, Hannover  
Jürgen Harms, GS, Wilhelmshaven  
Franz Hartmann, KVS, Diepholz  
Karl-Heinz Hartmann, KV, Hildesheim  
Rudolf Hartmann, Hameln  
Erich Hecker, BRV, Wagenfeld  
Jochim Heilmann, Hannover  
Astrid Heinemann, KV, Gifhorn  
Dirk Hempel, BRV, Sarstedt  
Bernd Henn, GS, Salzgitter  
Werner Hensel, BR, Braunschweig  
Rolf Herbertz-Stoll, STV, Hannover  
Detlev Heyer, BR, Hannover  
Werner Hilke, Hannover  
Claus Höhns, BR, Hannover  
Peter Höltje, GS, Osterholz-Scharm. b.  
Helmut Hupe, BR, Hannover  
Lore Hupe, Hannover  
Horst Ihssen, BRV, Hannover  
Detlef Jacobiedeß, BRV, Hannover  
Heidi Janicki, BR, Braunschweig  
Heinz Jewski, BR, Hannover  
Heinz Kaatsch, VKL, Salzgitter  
Hartmut Kachel, BR, Stadthagen  
Christiane Kaube, Göttingen  
Peter Kirchner, Oildenburg  
Günter Klocker, GS, Hannover  
Alfred Klose, GS, Hannover  
Alies Klüver, Westoverledingen  
Georg Klüver, BRV, Papenburg  
Wolfgang Köcher, Hannover  
Egberth Köthe, OV, Hannover

Norbert Koprek, GS, Hameln  
Jürgen Krack, GS, Springe  
Peter Krone, BV, Stadthagen  
Werner Kubitza, GS, Salzgitter  
Egon Kuhn, Hannover  
Detlef Kunkel, GS, Stadthagen  
Peter Kurbjuweit, GS, Hameln  
Brigitte Kurzer, BR, Hannover  
Hubert Kutsch, GS, Hannover  
Harro Läßle, LV, Hannover  
Diethelm Langer, BR, Bad Salzdetfurth  
Richard Lauenstein, GS, Hannover  
Hugo Lechler, BR, Hannover  
Dagmar Lembeck, Garbsen  
Günter Lenz, VKL, Hannover  
Horst Liesau, BR, Hannover  
Peter Lindner, GS, Celle  
Horst Ludewig, BR, Salzgitter  
Renate Lübking, BRV, Hannover  
Walter Lübking, RA, Hannover  
Christel Lützen-Wolf, Rhauderfehn  
Dirk Männicke, JV, Hannover  
Peter Malcherek, GS, Göttingen  
Frank Mannheim, JV, Hannover  
Rainer Maronde, BR, Lingen  
Ewald Maurer, BR, Salzgitter  
Reiner Metke, GS, Goslar  
Gerhard Meyer, BR, Stadthagen  
Heinz Nolte, BR, Stadthagen  
Georg Ohms, BRV, Hannover  
Norbert Ohnesorg, GS, Hannover  
Gerd Oldörp, GS, Goslar  
Willi Orzykowski, BRV, Hannover  
Hans Overesch, Hannover  
Udo Paulus, Hildesheim  
Günter Petersdorf, BR, Hannover  
Ulrich Petri, GS, Lingen  
Dieter Petz, BRV, Lingen  
Anke Pfitzner, Hannover  
Rainer Pieper, GS, Hannover  
Michael Plath, BR, Hannover  
Werner Preissner, BRV, Hannover  
Wolfgang Räsche, GS, Hameln

Uwe Ristenpart, VM, Hannover  
Richard Röseler, BV, Lüneburg  
Sigrid Röseler, KV, Lüneburg  
Hans Rosendahl, GS, Hannover  
Jutta Rübke, GPRV, Hildesheim  
Klaus-Dieter Salewski, GS, Lüneburg  
Rotraud Seifert, VF, Hannover  
Ulgar Sembritzki, KV, Garbsen  
Lydia Spoo, BR, Hannover  
Werner Surek, BV, Hannover  
Irmelin Schachtschneider, KV,  
Oldenburg  
Matthias Schachtschneider, Oldenburg  
Ursula Schäfer, GS, Alfeld  
Herbert Scheibe, GS, Braunschweig  
Siegfried Schernath, BR,  
Bad Salzdetfurth  
Claus Schiefelbein, KV, Hildesheim  
Reinhold Schmidt-Kemper, GS,  
Nienburg

Monika Schrader-Pausewang, GS,  
Hannover  
Thomas Schultze-Kranert, KV,  
Oldenburg  
Hartmut Schulz, BRV, Hannover  
Norbert Schuster, GS, Hannover  
Wilfried Schwenger, BRV, Hannover  
Reinhard Schwitzer, GS, Hannover  
Heike Stark, GS, Hannover  
Wolfgang Steinwedel, BRV, Hannover  
Klaus Stenzel, GS, Hameln  
Rolf Stenzel, BR, Hannover  
Rudi Steuernagel, BR, Hannover  
Georg Stöhr, GBR, Hildesheim  
Wanja Streffer, GPR, Osnabrück  
Karl-Heinz Strobel, BR, Stadthagen  
Wolfgang Thelen, BR, Hannover  
Walter Timpe, BR, Hannover

Werner Tschischka, GS, Hannover  
Leandro Valgolio, GS, Hameln  
Kurt Veith, Hannover  
Horst Vergin, KVS, Braunschweig  
Horst Volke, BRV, Bad Salzdetfurth  
Wilhelm Warner, Hannover  
Helmut Weber, GS, Stadthagen  
Hermann Wenzel, VKL, Hannover  
Wolfram Wichert, KVS, Nienburg  
Eberhard Wiese, Syke  
Manfred Wilcken, LV, Oldenburg  
Gerd Will, Nordhorn  
Gert Wille, BVV, Hannover  
Richard Wilmers, LV, Stadthagen  
Peter Wolf, GS, Leer  
Inga Wolff, BR, Hannover  
Reinhard Wolff, BR, Hannover  
Prof. Dr. Ulrich Zachert, Apensen

**Ich unterstütze den Aufruf:**

# **Landtagswahlen 1986**

**Gemeinsam gegen rechts!**

**Arbeitsplätze schaffen,  
Umwelt schützen,  
Frieden sichern.**

## **Gewerkschafter gegen Albrecht!**

	Name, Vorname	Straße Wohnort	Funktion	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				
11				
12				
13				
14				

Listen bitte einsenden an: Hermann Bleinroth, Wiesenstraße 31, 3000 Hannover 1